

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 88846 pbbn d

Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB erläutert den interfraktionellen Antrag zur Frauenförderung in Entwicklungsländern: Ein praxisnahes und umfassendes Konzept.

Seite 1

Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB skizziert die Chancen, die sich durch den Dialog zwischen der PLO und den USA für den Nahen Osten ergeben: Die neuen Friedenschancen im Nahen Osten müssen genutzt werden.

Seite 3

Heinz Schreiber MdEP und Günter Topmann MdEP begründen den EP-Beschluß zur Einschränkung von Tiefflügen: Die Akzeptanz hängt von der Politik ab.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve sprach in Berlin zu „Glasnost-Ost, Glasnost-West - Überlegungen zu einer Streitkultur ohne Selbstgerechtigkeit“. Wir dokumentieren Auszüge in zwei Teilen. (Teil I)

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

43. Jahrgang / 242

19. Dezember 1988

Ein praxisnahes und umfassendes Konzept

Zum Antrag zur Förderung von Frauen in Entwicklungsländern

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In vielen Ländern der Dritten Welt haben Frauen, wie in dem Antrag herausgestellt wird, eine „Schlüsselrolle in sozial und wirtschaftlich wichtigen Bereichen“, vor allem in der Landwirtschaft, in der Familienplanung, Ernährung, Gesundheit, Kindererziehung, auch in Handwerk und Handel. Entscheidungskompetenzen werden ihnen aber selten eingeräumt. Sie sind oft extremen Benachteiligungen und Belastungen ausgesetzt.

In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ist die Rolle der Frau bislang noch zu wenig berücksichtigt worden. Entwicklung vollzieht sich häufig an Frauen vorbei oder sogar zu deren Lasten. Zunehmende Weltmarktorientierung und die Einführung kapitalistischer Marktpraktiken haben in vielen Ländern der Dritten Welt zu Produktions- und Existenzformen geführt, die für die Frauen eine Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen nach sich zogen und ihren sozialen Status sinken ließen. Ihre dominierende Rolle in der Landwirtschaft wurde durch die Mechanisierung unterhöhlt - die neuen Technologien wurden zum größten Teil in die Hände von Männern gelegt.

Besonders in den Schwellenländern* spitzte die Industrialisierung die Benachteiligung von Frauen weiter zu: Viele von ihnen arbeiten in exportorientierten Industriezweigen gegen schlechte Bezahlung und unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen. Aufgrund mangelhafter Schul- und Berufsausbildungschancen sind Frauen meist nur auf den untersten Ebenen vertreten und verdienen selbst dort häufig nur die Hälfte von dem, was ihre männlichen Kollegen erhalten.

Zentrales Anliegen des nun verabschiedeten interfraktionellen Antrages ist daher die umfassende Berücksichtigung von Frauenfragen in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, damit Frauen „als aktiv Mitwirkende und Begünstigte ohne jegliche Diskriminierung zu allen Formen der Entwicklung und allen Formen von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung ungehinderten Zugang“ haben. Zur Umsetzung dieses Ziels enthält der Antrag sehr konkrete Forderungen an die Adresse der Bundesregierung.

Verantwortung für Inhalt
übernehmen die Verfasser
Reprint-Papier



Im Vordergrund steht dabei die weitere personelle und organisatorische Ausgestaltung des im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geschaffenen Querschnittsreferats „Obersektorale Grundsatzfragen: Frauen-, Familien- und Jugendfragen“, so daß Frauenförderung stärker in die Forschungsarbeit und in die konkrete entwicklungspolitische Praxis einbezogen wird. Das Referat soll insbesondere folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beachtung der Kriterien der Frauenförderung bei allen Entwicklungsprojekten,
- Vergabe von weiteren Forschungs- und Evaluierungsaufträgen zur Untersuchung der Auswirkungen von Entwicklungsprojekten auf die Lebenssituation der Frauen in der Dritten Welt;
- Organisation von Fortbildungskursen, die das Problembewußtsein von Mitarbeiter/innen des Ministeriums und der Entwicklungshilfe-Organisationen für Frauenfragen schärfen;
- Sammlung und Ergänzung von statistischem Material zur sozio-ökonomischen Situation der Frauen in Entwicklungsländern;
- Stärkere Berücksichtigung von Frauen bei der Stipendienvergabe;
- Einbringung des Aspekts der Frauenförderung in die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums.

Darüber hinaus wird das BMZ dazu angehalten, Frauenförderung zum Bestandteil des internationalen Politikdialogs zu machen. Der Antrag sieht vor, daß das BMZ in den Konsultationen und Verhandlungen mit seinen Partnern Probleme und Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Frauenförderung konkret anspricht beziehungsweise in Projektunterlagen und Verträge einbezieht. Das Ministerium wird aufgefordert, mehr Mittel und Personal für Frauenvorhaben zur Verfügung zu stellen. Zudem verlangen die Abgeordneten, daß der Frauenanteil vor allem in den Führungsetagen der nationalen und multinationalen Entwicklungsorganisationen erhöht wird.

Zur Umsetzung dieser Ziele soll die Bundesregierung regelmäßig im entwicklungspolitischen Bericht und im Aussehuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit Stellung nehmen. Bis Ende 1989 ist dem Deutschen Bundestag Bericht zu erstatten.

Mit dem Antrag zur Förderung von Frauen in Entwicklungsländern ist dem Deutschen Bundestag ein umfassendes und praxisnahes Konzept zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung den Rahmen ihrer Möglichkeiten wirklich ausschöpft, um durch konkrete Maßnahmen dazu beizutragen, daß Frauen zukünftig aktiv und gleichberechtigt am Entwicklungsprozeß ihrer Länder beteiligt werden. Denn Handlungsbedarf besteht. (-/19.12.1988/vo-he/st)

* * *

Die neuen Friedenschancen im Nahen Osten müssen genutzt werden

Nach der PLO und den USA muß nun auch Israel einen mutigen Schritt wagen

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB
Sprecher der SPD-Fraktion in der „Parlamentarischen Vereinigung
Euro-Arabische Zusammenarbeit“

In den letzten Wochen gab es zwei spektakuläre politische Kurswechsel, die viele Jahre lang als undenkbar galten und die endlich wieder Bewegung in die seit langem stagnierende Nahost-Politik gebracht haben.

Es war dies erstens die Erklärung des palästinensischen Nationalrates in Algier, in der offiziell von der PLO das Existenzrecht Israels anerkannt wurde. Diese von Israel und der übrigen Welt seit Jahren geforderte Anerkennung wurde von Arafat in Stockholm bestätigt und dann vor den Vereinten Nationen in Genf vor wenigen Tagen noch einmal verdeutlicht und mit einer eindeutigen Absage an jeglichen Terrorismus bekräftigt.

Diese Erklärungen, die innerhalb der Palästinenser einen jahrelangen Diskussionsprozeß erforderten, wurden begünstigt durch die Loslösung der besetzten Gebiete von Jordanien und durch den unbewaffneten Aufstand der Intifada. Wenn auch noch kleine Minderheiten diese neue Politik als einen Ausverkauf der palästinensischen Interessen an den „zionistischen Feind“ verurteilen, muß festgehalten werden, daß die Entscheidung demokratisch zustande gekommen ist und von einer überwältigenden Mehrheit getragen wird.

Der zweite politische Kurswechsel ist die bis vor wenigen Tagen kaum denkbare Bereitschaft der USA, mit der PLO in einen substantiellen Dialog einzutreten. Diese Entscheidung ist um so spektakulärer, als daß noch wenige Tage zuvor Arafat von den USA die Einreise zum Besuch der UNO verweigert bekam. Letzteres allerdings hat der Sache der Palästinenser eher genützt als geschadet. Die politische Kehrtwende in den USA wurde auch von dem Teil der amerikanischen Juden begünstigt, die seit längerem einen Dialog mit der PLO wünschen und diesen im Stillen und mit schwacher Unterstützung in Stockholm vorbereiteten. Diese Geheimdiplomatie war so erfolgreich, daß die dabei gefundene Erklärung, die dann von Arafat in Genf abgegeben wurde, den in dieser Sache sehr skeptischen amerikanischen Präsidenten Reagan überzeugte, so daß er grünes Licht für Gespräche mit der PLO gab. Wer nun den USA Wankelmütigkeit oder Führungsschwäche in der Übergangszeit von Reagan zu Bush vorwirft, verkennt, daß die Dialogbereitschaft der Supermacht USA mit der PLO ein ganz entscheidender Punkt ist, um überhaupt erst zu Friedensgesprächen in welcher Form auch immer zu kommen. Daß Amerika nun mit der PLO spricht, bedeutet ja noch lange nicht, daß die traditionelle Freundschaft und Unterstützung für Israel auf dem Spiel steht.

Der amerikanische Schritt und die einhellige Zustimmung der ganzen Welt dazu bringt Israel in Zugzwang. Nun ist es nicht mehr möglich, die Anerkennung Israels durch die PLO weiter als einen Propaganda-Trick zu disqualifizieren. Amerika hat anerkannt, daß die PLO nicht für Minderheiten, sondern für alle Palästinenser spricht.

Eine weitere Ablehnung dieser Tatsache würde Israel in eine gefährliche Isolation treiben. Beide Supermächte, Europa und die übrige Welt fordern eine internationale Friedenskonferenz. Im eigenen Interesse sollte sich Israel dieser vernünftigen Forderung nicht verschließen.

Der Nahe Osten ist seit Jahrzehnten der Krisenherd Nummer 1 in der Welt. 1988 brachte mit der Beendigung des Golf-Krieges eine erste Entlastung. Mit den mutigen Schritten der PLO und der USA wurde nun die Tür für einen Friedensprozeß im Israel-Palästina-Konflikt aufgetan. Diese Chance darf nicht ungenutzt bleiben. (-/19.12.1988/vd-he/st)

* * *

Die Akzeptanz hängt von der Politik ab

Mehrheit im Europaparlament für Verbot von Tiefflügen

Von Heinz Schreiber MdEP und

Günter Topmann MdEP

Die furchtbare Flugzeugkatastrophe von Remscheid, die Tod und Leid über die Menschen gebracht hat, hat erneut die Frage aufwerfen lassen, ob im tiefen Frieden derartige Kriegsspiele noch sinnvoll sind. Das Europäische Parlament hat am Donnerstag abend auf unseren Antrag sowie auf Anträge der Regenbogenfraktion sowie Kommunisten eine klare Antwort gegeben: Es fordert einen sofortigen Stopp für alle militärischen Tief- und Übungsflüge über gefährlichen Anlagen sowie Wohn- und Stadtgebieten. Darüber hinaus sollen auch militärische Schauflugveranstaltungen verboten werden.

Zu diesem Beschluß sind wir nicht nur durch das Unglück von Remscheid, sondern auch durch die Katastrophe von Ramstein, die Abstürze von französischen und amerikanischen Kampfflugzeugen bei den Atomkraftwerken OHU I und II sowie Phillipsburg veranlaßt worden. Diese Unfallkette muß auch vor dem Hintergrund erschrecken, daß in vielen Regionen der Gemeinschaft Anlagen der Chemie- und Atomindustrie angesiedelt sind, die ein erhebliches Gefahrenpotential durch die Lagerung und Verarbeitung hochgiftiger, leichtentzündlicher oder radioaktiver Stoffe darstellen. Unverständnis für diese militärischen Aktionen wird auch dadurch provoziert, daß die Europäische Gemeinschaft ein so dicht besiedelter Lebensraum wie kaum ein zweiter auf der Welt ist.

Von der ständigen Belästigung, von der Gefährdung unserer Bevölkerung ist bis heute viel zu wenig die Rede gewesen. Dagegen jedoch mehr von der Notwendigkeit von Opfern für Sicherheit und Freiheit im Frieden. Kein Wunder, wenn angesichts solcher Paradoxien die Einsicht in die Unabweisbarkeit derartiger militärischer Flüge gerade zum Zeitpunkt der immer größer werdenden politischen und militärischen Entspannung schwindet. Deshalb muß der Bundesregierung die Frage nach ihrem politischen und militärischen Selbstverständnis gestellt werden. Endlich muß deutlich werden, daß die Politik das Primat in dieser Frage vor den Militärs haben muß.

Einhellige Meinung in der Bundesrepublik ist inzwischen zweifellos, daß Übungsflüge über dicht besiedeltem Gebiet nicht mehr stattfinden dürfen. Das haben ja am gleichen Tag auch die deutschen Ministerpräsidenten festgestellt - und es ist zu hoffen, daß diese Einsichtsfähigkeit nicht an den Türen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen halt macht. (-/19.12.1988/vo-he/st)

DOKUMENTATION

Freimut Duve: Öffentlichkeit als Ware

(Teil I)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, Vorsitzender des Kulturforums seiner Partei, hielt kürzlich im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin-Zehlendorf/Königswusterhausen in Berlin einen Vortrag unter dem Titel „Glasnost-Ost, Glasnost-West - Überlegungen zu einer Streitkultur ohne Selbstgerechtigkeit“. Daraus dokumentieren wir den Abschnitt „Öffentlichkeit als Ware. Oder: Wie vergiftet ist der Nährboden der Demokratie?“ in zwei Teilen.

Wenn unsere Medienfreiheit eine so herausragende Rolle spielt für die Utopie der Bürger in Osteuropa, jedenfalls die „Glasnost-Utopie“, wo ist unsere eigene Utopie?

Anders ausgedrückt: Wenn Öffentlichkeit der Nährboden für die Demokratie ist, wie vergiftet ist er, wenn Öffentlichkeit zur Ware verkommt?

Um den Artikel 5 des Grundgesetzes ist bei uns eine riesige Industrie entstanden. Es ist wahrscheinlich die Branche unserer Volkswirtschaft, die am raschesten wächst. Die Konzerne der Medienindustrie erreichen Petrol-Größe. Sie sind längst keine nationalen Unternehmen mehr sondern übernationale. Manche sind schon seit langem keine „Einbranchen“-Firmen sondern Mischkonzerne.

Es gab amerikanische Verlage, die von Industriemultis aufgekauft wurden. Und es gibt Industriefirmen, die von Medien- oder Verlagsmultis gekauft wurden. Allerdings ist nach wie vor der Branchenkonzern die Regel, die große Holding-Gesellschaft, der dutzende von Verlagen, Zeitschriften und Druckereien in ganz Europa und neuerdings auch in Amerika gehören.

Diese Branche produziert Waren für unsere Köpfe.

Der Rohstoff, aus dem sie produziert, ist Öffentlichkeit. Öffentlichkeit verstanden als Nährstoff für diese Industrie, ähnlich wie Luft und Wasser notwendige Nährstoffe für alle Verbrennungsvorgänge in der Industrie sind - kostenlos und garantiert durch das Grundgesetz.

Wenn aber Öffentlichkeit der Rohstoff für die Medienindustrie ist, ist er unerschöpflich? Und erneuerbar? Gibt es die Gefahr, daß die Quellen irgendwann - bald - erschöpft sind oder sind sogar wie bei Wasser oder Luft Vergiftungserscheinungen zu beobachten?

Öffentlichkeit war ursprünglich kein Rohstoff für Industrie, sondern sie war der Nährboden für Demokratie und Aufklärung. Öffentlichkeit war das Gewebe, in dem sich Kultur entfalten konnte.

Der Amerikaner Richard Sennett hat eine interessante Arbeit vorgelegt, die den deutschen Titel:

Verfall und Ende des öffentlichen Lebens.
Die Tyrannei der Intimität

trägt. Er beschreibt darin sehr präzise und historisch genau das Entstehen dieses Nährbodens Öffentlichkeit im 18. und 19. Jahrhundert in Europa. Und er analysiert zugleich, daß diese Öffentlichkeit, die parallel zur Geschichte der Aufklärung, des Kampfes um Demokratie und zur Parlamentsgeschichte ansetzt, heute im Verfall begriffen ist.

Ich will auf die psychologischen Thesen des Autors hinsichtlich dessen, was er als Privatheit, Intimität oder Scheinintimität herausstellt, hier nicht eingehen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß Richard Sennett den Verfall der Öffentlichkeit deshalb als so bedrohlich ansieht, weil er die Marktfähigkeit aller menschlichen Beziehungen konstantiert; er spricht von dem Tauschmarkt der intimen Beziehungen:

„Die elektronische Kommunikation ist einer der Faktoren, die das öffentliche Leben zum Erliegen gebracht haben. Die Medien haben den Vorrat an Wissen, das die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen voneinander haben, erheblich erweitert, zugleich jedoch haben sie den wirklichen Kontakt zwischen den Gruppen überflüssig gemacht.“ (S. 319)

Sennett spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die unter dem Druck der elektronischen Medien entleerte öffentliche Sphäre die Gestalt eines „Paradoxons von Sichtbarkeit und Isolation“ annimmt. Die Massenmedien steigern zwar das Wissen der Menschen von dem, was in der Gesellschaft vor sich geht, in hohem Maß, doch gleichzeitig schränken sie die Fähigkeit, dieses Wissen in politisches Handeln umzusetzen, erheblich ein.

Warum diese zunächst sehr theoretisch und abstrakt klingenden Vorbemerkungen?

Ich teile die Befürchtungen des Autors und gehe noch einen Schritt weiter: Wir leben in einer entscheidenden Umbruchsituation zwischen der aus der Aufklärung stammenden Wortkultur und einer vor- und antiaufklärerischen Bildkultur - einer Bildkultur, die die Grundprinzipien der Aufklärung eher bekämpft als hochhält.

Ich will das an einigen Beispielen erläutern.

Art Buchwald, der große liberale Satiriker aus Washington macht einen Menschen namens Willie Horton zum wichtigsten Wahlhelfer von Vizepräsident Bush. Horton ist ein Mörder und Vergewaltiger, der einen Wochenendfreigang im Staat Massachusetts dazu mißbraucht hat, eine Frau zu vergewaltigen und Spaziergänger zusammenzuschlagen.

Willie Horton ist nach Meinung von Art Buchwald deshalb so wichtig in der Wahlkampagne von George Bush geworden, weil dieser ihn vor allem im Fernsehen an vorderster Stelle gegen Dukakis benutzt hat: Dukakis habe als Gouverneur von Massachusetts den Mörder am Wochenende aus dem Gefängnis gelassen, er sei für die neuerliche Vergewaltigung verantwortlich.

Diskussionen dieser Art mögen für den Stammtisch sinnvoll sein. Man unterhält sich über Politik, der eine äußert eine solche Meinung und ein anderer warnt vor deren Absurdität. Auf diese Weise kann sogar ein Gespräch über Strafvollzug und dessen Reform in Gang kommen.

Wer aber solche Stammtischdiskussionen aus der überschaubaren Öffentlichkeit einer Kneipe zu einer bildhaften Fernsehaussage für 150 Millionen Zuschauer stilisiert, schädigt die Grundlagen, auf denen die freie Meinungsäußerung, auf denen das Konzept der Partizipation der Menschen durch das Wahlrecht beruht: Er vergiftet den Nährboden der Demokratie - er vergiftet Öffentlichkeit.

Ich halte das für ein Verbrechen an der Geschichte der Aufklärung und an der Tradition der amerikanischen Demokratie. Die Mediengewalt und damit auch die politische Gewalt eines solchen Vorgangs sind Lichtjahre entfernt von der aufklärerischen Lebendigkeit, die die Wortkultur der Moskauer Glasnost-Hoffnung bestimmt.

(-/19.12.1988/vo-he/st)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *